

## Deutschland 2014: Muslimische 'No Future-Kids' werden sich an Deutschland rächen

Von Astrid Maier, Berlin

Der Islamforscher Bassam Tibi erwartet über zehn Millionen Muslime, die nicht integriert sind - und gewalttätige Ausschreitungen in deutschen Großstädten.

Wütende, randalierende muslimische Jugendliche, die sich blutige Straßenschlachten mit der Polizei liefern - solche Szenen werden im Jahr 2014 auch Wirklichkeit in Berlin, Frankfurt oder Köln sein. Dies zumindest sagt Bassam Tibi voraus, Professor für internationale Politik an der Universität Göttingen. Noch könne dieses Horrorszenario verhindert werden: Dann aber müsse Deutschland deutlich mehr in Integration investieren als bislang.

"Muslime sind nicht integrationswillig, Deutsche nicht integrationsfähig", so Tibi. Die Lehren des orthodoxen Islam, die in der deutschen islamischen Diaspora angesichts mangelnder Integration florierten, verpflichteten Muslime zu einer Geisteshaltung der Integrationsunwilligkeit. Die Deutschen ihrerseits seien nicht fähig, zugewanderten Menschen aus anderen Kulturen ein Dazugehörigkeitsgefühl zu vermitteln.

Die nun beschlossenen Pflichtkurse in Deutsch für Ausländer werden laut Tibi ins Leere greifen. "Ich kenne Türken, die hier geboren sind und besser Deutsch als Türkisch sprechen. Sie fühlen sich trotzdem nicht als Deutsche." Wenig deutet darauf hin, dass sich daran etwas ändern werde. Diese mangelnde Akzeptanz werde Migranten noch stärker in die "Ghettomentalität" treiben. "Diese ist bei Muslimen religiös geprägt", sagt Tibi. "Die Religiosität der Muslime in Deutschland wird in den nächsten zehn Jahren zunehmen." In zehn Jahren werden Tibi zufolge auf Grund vor allem illegaler Migration mehr als doppelt so viele Muslime hier leben wie heute, nämlich zehn Millionen. Heute sind es rund 3,7 Millionen. "Dies wird zum Schaden der bereits hier lebenden Ausländer geschehen."

Arbeits- und Perspektivlosigkeit Muslime werden seiner Prognose nach in Zukunft bis zu 80 Prozent der in Deutschland lebenden Migranten ausmachen; heute sind es 40 Prozent. Die meisten werden sozial marginalisiert sein. Auch auf hier geborene Muslime werde sich die gescheiterte Integration negativ auswirken: Arbeits- und Perspektivlosigkeit seien vorzusehen.

Bis 2014 würden in Deutschland die Sozialleistungen im Vergleich zu heute deutlich reduziert - ein Pulverfass par excellence: "Diese 'No Future'-Kids können dann nicht mehr gehalten werden. Es wird zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen." Ähnlich wie dies heute bereits die Franzosen erleben, werden in zehn Jahren muslimische Jugendliche an der sie ausschließenden deutschen Gesellschaft Rache üben wollen.

Schon heute ziehe sich ein Großteil der in Deutschland lebenden Muslime in Parallelgesellschaften zurück. In zehn Jahren aber werden Muslime in Tibis Zukunftsszenario "ausschließlich" in abgeschotteten Gemeinschaften wie im Berliner Stadtteil Kreuzberg leben. "Aus diesen Parallelgesellschaften heraus werden sie die deutsche Gesellschaft als feindliche Umwelt betrachten." Heute machen türkischstämmige Muslime rund zwei Drittel aller der in Deutschland lebenden Muslime aus.

Wird bis 2014 die Türkei EU-Mitglied sein, "dann wird es eine massive Migration aus der Türkei nach Deutschland geben", prophezeit Tibi. Der Anteil der aus der Türkei stammenden Muslime in Deutschland würde im Vergleich zu heute in diesem Fall auf bis zu 90 Prozent der Muslime steigen. Ist 2014 die Türkei noch kein Mitglied der EU, so würden sich die muslimischen Parallelgesellschaften nach innen "zunehmend diversifizieren". Der Anteil der aus der Türkei stammenden Muslime würde unter diesen Umständen im Jahr 2014 deutlich unter den Anteil der Muslime aus anderen Ländern fallen.

Die zunehmende Polarisierung zwischen Deutschen und Muslimen werde schließlich zu einem Erstarken des fundamentalistischen Islamismus in Deutschland führen.

So werden "in den nächsten zehn Jahren private Islamschulen in Deutschland auswuchern", sagt Tibi. Diese würden von Saudi-Arabien aus finanziert sein und die Integration junger Muslime zusätzlich verhindern. "In diesen Schulen werden kleine Kinder wie weiße Blätter islamistisch beschrieben werden."

Schrittweise Zulassung der Scharia Als Beweis für seine These zieht Tibi die aktuelle Diskussion um die König Fahd Akademie in Bonn heran. "Dort wird der Dschihad gepredigt", sagt Tibi. Deswegen aber sei sie in Deutschland noch lange nicht verboten worden. "Wenn die Kinder auf diese Schulen gehen, können wir nicht erwarten, dass sie die zivilisatorische Kultur Europas akzeptieren werden." Die Auseinandersetzung um die König Fahd Akademie sei jetzt schon zu einer Machtprobe zwischen Islamisten und dem deutschen Staat geworden. In Tibis Zukunftsszenario wird die Akademie zwar in den nächsten Jahren zunächst verboten werden. "Anschließend werden die Islam-Schüler aber beim Bundesverfassungsgericht klagen. Und dort werden sie sehr wahrscheinlich gewinnen." In Deutschland wird "in den nächsten zehn Jahren stufenweise die Scharia, das islamische Gottesrecht, zugelassen werden."

Auch der Kopftuchstreit werde sich in Zukunft verschärfen, sagt Tibi voraus. Letztlich werde daraus ein Kampf um die Trennlinie zwischen Staat und Religion für ganz Europa entwachsen. "Instrument dieses Kampfes wird das Kopftuch sein." Zwei Pole würden die europaweite Auseinandersetzung dabei bestimmen: Auf der einen Seite das französische Modell mit seiner strikt laizistischen Ausrichtung, in der das Kopftuchtragen im öffentlichen Dienst bereits verboten wurde. Auf der anderen Seite werde das deutsche Modell stehen, in dem das Kopftuchtragen in einigen Bundesländern erlaubt, in anderen verboten sein wird. "Dies ist die denkbar schlechteste Lösung." Früher oder später werde der Kopftuchstreit in Deutschland wieder beim Bundesverfassungsgericht landen. "Dann werden die Länder mit Kopftuchverbot ihr Gesetz wahrscheinlich wieder zurücknehmen müssen." Der fundamentalistische Islamismus, den Tibi mit dem Totalitarismus der Nazi-Herrschaft gleichsetzt, werde auch in Zukunft eine der größten Herausforderungen für Europa bleiben. "Die Anschläge vom 11. März in Madrid waren nur eine Vorankündigung." Denjenigen, die glaubten, die Sicherheitskomponente im neuen Zuwanderungsgesetz könne in Zukunft aus dem Gesetz wieder gestrichen werden, erteilt Tibi eine Abfuhr. "Ich sage genau das Gegenteil voraus. Das Zuwanderungsgesetz wird in Zukunft hinsichtlich der darin enthaltenen Sicherheitskomponenten noch weiter spezifiziert werden